



Geschäftsführung
Ausschuss für Umwelt und Grün

Frau Bültge-Oswald

Telefon: (0221) 221-23702

E-Mail: barbara.buelte-oswald@stadt-koeln.de

Datum: 14.05.2020

Niederschrift öffentlich

über die **Sitzung des Ausschusses Umwelt und Grün** in der Wahlperiode 2014/2020
am Donnerstag, dem 23.01.2020, 16:00 Uhr bis 18:14 Uhr,
Rathaus Spanischer Bau, Theo-Burauen-Saal (Raum-Nr. B 121)

Anwesend waren:

Stimmberechtigte Mitglieder

Herr Rafael Christof Struwe	SPD
Frau Katharina Welcker	CDU
Herr Wilfried Becker	SPD
Frau Polina Frebel	SPD
Herr Karl-Heinz Walter	SPD
Herr Stefan Götz	CDU
Herr Dr. Walter Gutzeit	CDU
Herr Efan Kara	CDU
Herr Gerhard Brust	GRÜNE
Herr Robert Schallehn	GRÜNE
Frau Ursula Schlömer	GRÜNE
Frau Hamide Akbayir	DIE LINKE
Herr Dr. Rolf Albach	FDP

Beratende Mitglieder

Herr Matthias Büschges	Auf Vorschlag der AfD-Fraktion
Frau Lisa Hanna Gerlach	Einzelmandatsträgerin
Frau Barbara Albat	SPD
Herr Dietmar Donath	auf Vorschlag der SPD
Herr Dr. Volker Ermet	auf Vorschlag der Grünen
Herr Helmut Jung	CDU
Frau Elisabeth Lange	auf Vorschlag der Fraktion Die Linke.
Frau Prof. Dr. rer. nat. Anna von Mikecz	auf Vorschlag der Grünen
Herr Stephan Wieneritsch	FDP
Herr Dr. Johannes Zischler	auf Vorschlag der CDU
Herr Nebil Bayrakçioğlu	GK

Herr Frank Feles auf Vorschlag der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik
Frau Katharina Reiff Seniorenvertretung der Stadt Köln

Verwaltung

Herr Beigeordneter Dr. Harald Rau Beigeordneter des Dezernates V - Soziales, Umwelt, Gesundheit, Wohnen
Herr Dr. Joachim Bauer Amt für Landschaftspflege und Grünflächen
Frau Christina Brammen-Petry Umwelt und Verbraucherschutzamt
Frau Julia Egenolf Dezernat für Soziales, Umwelt, Gesundheit und Wohnen - Koordinationsstelle Klimaschutz
Herr Manfred Kaune Leiter des Amtes für Landschaftspflege und Grünflächen
Herr Konrad Peschen Leiter des Umwelt- und Verbraucherschutzamtes

Schriftführerin

Frau Barbara Bültge-Oswald Umwelt- und Verbraucherschutzamt

Gäste

Herr Joris Allofs Region Köln/Bonn e.V. - Projektmanagement - zu TOP C
Frau Brigitte Scholz Leiterin des Amtes für Stadtentwicklung und Statistik
zu TOP 4.1.1 und 4.1.2

Presse

Zuschauer

Entschuldigt fehlen:

Beratende Mitglieder

Herr Tobias Scholz GUT
Herr Sönke Geske SPD
Herr Matthias Pergande FDP
Herr Bezirksbürgermeister Reinhard Zöllner CDU

Stellvertretende beratende Mitglieder

Herr Dr. Gerhard Haider Seniorenvertretung der Stadt Köln
Herr Eugen Litvinov

Vor Eintritt in die Tagesordnung

Der Ausschussvorsitzende RM Herr Struwe begrüßt alle Anwesenden aus Politik und Verwaltung sowie alle Gäste zur Sitzung des Ausschusses Umwelt und Grün / Betriebsausschusses Abfallwirtschaftsbetrieb der Stadt Köln. Anschließend macht er auf die Zu- und Absetzungen der Tagesordnungen sowie auf die anwesenden Gäste in beiden Ausschüssen¹ aufmerksam.

Die Anfrage im AUG unter TOP 1.3 werde in der nächsten Sitzung schriftlich beantwortet. Herr Peschen werde vorab dazu mündlich Stellung nehmen.

Unter TOP C trage Herr Allofs von Region Köln-Bonn zur Klimawandelvorsorgestrategie vor.

Die Vorschläge zur aktuellen Tagesordnung finden allgemeine Zustimmung. Weitere Änderungswünsche zur Tagesordnung werden nicht vorgebracht.

Der Ausschussvorsitzende stellt beide so geänderten Tagesordnungen zur Abstimmung. Diese werden einstimmig angenommen, so dass sich im Ausschuss Umwelt und Grün folgende Tagesordnung ergibt:²

¹ s. Anwesenheitsliste S. 2 der jeweiligen Niederschrift

² Tagesordnung Betriebsausschuss siehe Niederschrift Betriebsausschuss

Tagesordnung

I. Öffentlicher Teil

- A** **Verpflichtung von sachkundigen Bürgerinnen und Bürgern und Einwohnerinnen / Einwohnern gemäß § 5 der Hauptsatzung der Stadt Köln**
- B** **Gleichstellungsrelevante Themen**
- C** **Vortrag von Herrn Allofs von Region-Köln-Bonn
Klimawandelvorsorgestrategie**
- 1** **Anfragen gemäß § 4 der Geschäftsordnung sowie deren Beantwortung**
- 1.1 Anfrage der Ratsgruppe BUNT
 betreffend
 Gebühren für ordnungswidriges Wegwerfen – plant auch Köln eine Erhöhung?
 AN/0631/2019
- 1.1.1 Beantwortung der Anfrage
 4203/2019
- 1.2 Anfrage von Ratsfraktion Die Linke
 betreffend
 Zur Herkunft der Steinkohle im HKW Rostock der RheinEnergie AG
 AN/1567/2019
- 1.2.1 Beantwortung der Anfrage
 4106/2019
- 1.2.2 Herkunft der Steinkohle im HKW Rostock der RheinEnergie AG
 hier: Nachfrage aus der Sitzung des Ausschusses für Umwelt und Grün am
 28.11.2019
 0092/2020
- 1.3 Anfrage von Ratsfraktion die Linke
 betreffend
 Lichtverschmutzung ausgehend von den MMC-studios
 AN/1568/2019
- 1.4 Gemeinsame Anfrage von SPD-Fraktion und Fraktion Die Linke
 betreffend
 Gesundes und klimagerechtes Wohnen in Köln – Wo steht Köln auf dem Weg
 zur „Klimawandelgerechten Metropole“?
 AN/1161/2019

1.4.1 Beantwortung der Anfrage
3520/2019

2 Anträge gemäß § 3 der Geschäftsordnung

2.1 Gemeinsamer Dringlichkeitsantrag aller Fraktionen und der Ratsgruppe GUT nach § 12 Geschäftsordnung betreffend Vernetzung von Ökosystemen auf Kölner Stadtgebiet AN/1311/2019

3 Kommunaler Klimaschutz

3.1 Änderungen zum Förderprogramm "Altbausanierung und Energieeffizienz - klimafreundliches Wohnen" 0069/2020

4 Allgemeine Beschlussvorlagen

4.1 Allgemeine Beschlussvorlagen (Vorberatung)

4.1.1 Entwicklung des neuen Stadtteils Kreuzfeld hier: Beschluss des Leitbildes Kreuzfeld „Ein gutes Stück Köln“ 3588/2019

4.1.2 Regionalplanüberarbeitung, Modul III– Empfehlungen zur Darstellung neuer Siedlungsbereiche (ASB und GIB) als Optionen zur Weiterentwicklung der wachsenden Stadt 2887/2019

4.1.2.1 Ergänzungsantrag der SPD-Fraktion zur Vorlage 2887/2019, Regionalplanüberarbeitung, Modul III– Empfehlungen zur Darstellung neuer Siedlungsbereiche (ASB und GIB) als Optionen zur Weiterentwicklung der wachsenden Stadt AN/1496/2019

4.1.3 Stadtverschönerungsmittel für den Stadtbezirk Lindenthal 2019 4129/2019

4.1.4 Stadtklima-/Stadtverschönerungsprogramm 2019 im Stadtbezirk Ehrenfeld 4144/2019

4.1.5 Fortschreibung des Landschaftsplans Köln (12. Änderung) Überarbeitung der allgemeinen textlichen Festsetzungen für Schutzgebiete hier: Beschluss über Bedenken und Anregungen sowie Satzungsbeschluss 2414/2019

4.1.6 Rondorf Nord-West, Entflechtungsstraße
Variantenentscheidung
4122/2019

4.1.6.1 Dringlichkeitsantrag zum Verfahren Rondorf Nord-West, Entflechtungsstraße
AN/0144/2020

4.2 Allgemeine Beschlussvorlagen (Entscheidung)

4.2.1 Stadtgrün naturnah
Grüne Infrastruktur
3657/2019

4.2.2 Konzept "Essbare Stadt"
3117/2019

4.2.3 Pflege- und Entwicklungsplan Naturschutzgebiet "Langeler Auwald, rrh." und
angrenzende Flächen
0591/2016

4.2.4 Kleingartenwettbewerb "Bunte Gartenvielfalt"
4145/2019

4.2.5 Beschaffung von 4 Geräteträgern und 3 Frontsichelmulchern für den Bereich
der Allgemeinen Grünunterhaltung
2351/2019

4.2.6 Stadtklima-/Stadtverschönerungsprogramm 2019 im Stadtbezirk Nippes -
Bäume, Brunnen, Blumen und Gewässer
4388/2019

5 Mitberatung von Planungsvorlagen

6 Umweltprüfungen und UVP-relevante Planungen und Projekte

7 Mitteilungen

7.1 Bevölkerungsprognose für Köln 2018 bis 2040 – welche Konsequenzen folgen
daraus?
3805/2019

7.2 Beantwortung einer Anfrage gem. § 4 der Geschäftsordnung des Rates
Anfrage der SPD:
Städtebauinvestitionsprogramm 2020 – keine Förderung von „Starke Veedel –
starkes Köln“ (AN/1577/2019)
4206/2019

- 7.3 Umsetzung des Integrierten Stadtentwicklungskonzeptes (ISEK) Porz Mitte
hier: Mitteilung zum aktuellen Sachstand zur Projektumsetzung
3907/2019
- 7.4 Umsetzungsstand des Projektes Optimierung der städtischen Fördermittel-
vergabe
4200/2019
- 7.5 Glyphosat im Grundwasser im Stadtgebiet und im Regierungsbezirk Kölns
A: Mitteilung der Verwaltung: Überprüfung des Grundwassers in den Stadttei-
len Weidenpesch und Porz auf den Pflanzenschutzmittelwirkstoff Glyphosat
und dessen Abbauprodukt AMPA
B: Beantwortung der Anfrage von Herrn Dr. Rolf Albach aus der Sitzung des
Ausschusses Umwelt und Grün vom 10.10.2019, wie sich die Glyphosatwerte
der Stadt Köln im Vergleich zu anderen Städten im Regierungsbezirk positio-
nieren.
4272/2019
- 7.6 Zwischenbericht Monitoring StadtNaturParke 2019
4410/2019
- 7.7 Sachstand Parkstadt Süd- Teilbereich Eifelwall
4204/2019
- 7.8 Beantwortung einer mündlichen Nachfrage aus der 40. Sitzung des Haupt-
ausschusses zu TOP 3.4, „Planungssicherheit für die Sportvereine - Siche-
rung des Kunstrasenprogramms!“
3147/2019
- 8 Beantwortung von mündlichen Anfragen aus früheren Sitzungen**
- 8.1 Mündliche Anfrage von RM Herrn Brust in der Sitzung des Ausschusses Um-
welt und Grün am 12.09.2019 - TOP 9.1
hier: Japanischer Staudenknöterich in der Raderberger Brache
4097/2019
- 9 Mündliche Anfragen**

II. Nichtöffentlicher Teil

10 Anfragen gemäß § 4 der Geschäftsordnung sowie deren Beantwortung

11 Anträge gemäß § 3 der Geschäftsordnung

12 Allgemeine Beschlussvorlagen

12.1 Prüfbericht Einkauf und Beschaffungswesen bei 67 - Amt für Landschaftspflege und Grünflächen
2437/2019

13 Vergaben

13.1 Automatisierte Erfassung des Baumbestands der Stadt Köln
4189/2019

14 Mitberatung von Planungsvorlagen

15 Umweltprüfungen und UVP-relevante Planungen und Projekte

16 Mitteilungen

17 Beantwortung von mündlichen Anfragen aus früheren Sitzungen

18 Mündliche Anfragen

I. Öffentlicher Teil

A Verpflichtung von sachkundigen Bürgerinnen und Bürgern und Einwohnerinnen / Einwohnern gemäß § 5 der Hauptsatzung der Stadt Köln

Hierzu liegt nichts vor.

B Gleichstellungsrelevante Themen

Hierzu liegt nichts vor.

C Vortrag von Herrn Allofs von Region-Köln-Bonn Klimawandelvorsorgestrategie

Herr Allofs stellt im Rahmen einer PowerPoint-Präsentation die regionale Klimawandelvorsorgestrategie vor.³ Er geht auf die Planungshinweiskarten ein, die verschiedene Aspekte wie Hochwasserrisiko, Waldflächen mit Trockenstressrisiko oder auch die thermische Belastung der Siedlungsbereiche und die daraus folgenden Strategien darstellen.

Herr Allofs empfiehlt die Lektüre der im Sitzungsraum ausgelegten Praxishilfe, eine 140-seitige Broschüre und Ergebnis der regionalen Fachgespräche und kommunalen Akteurs-Workshops, deren digitale Version mit Shape-Files auf der Projekthomepage unter www.klimawandelvorsorge.de veröffentlicht ist. Diese Praxishilfe wurde neben allen Kommunen in der Region auch der Bezirksregierung Köln zur Verfügung gestellt, da es zentrales Ziel sei, die informellen Planungsbeiträge in die formale Planung umsetzen zu können. Mit der Bezirksregierung wurde auch vereinbart, dass die Ergebnisse der Planungen in die Regionalpläne überführt werden.

Ein weiteres wichtiges Ziel sei die Sensibilisierung von Politik und Entscheidungsträgern, da die Umsetzung von Maßnahmen nicht nur an den fehlenden finanziellen Mitteln, sondern häufig an der Wahrnehmung für das Thema scheitere.

Anschließend bietet Herr Allofs an, weitere Exemplare der Broschüre den Ausschussmitgliedern zuzusenden⁴ und beantwortet Fragen der Ausschussmitglieder.

Im Rahmen der Ergebnisse werden noch mal kleinräumige Analysen notwendig und dienen der Fokussierung der Mittel, die den einzelnen Kommunen zur Verfügung stehen. Auch sei man an der Konzeption der weiteren Prozesse beteiligt und biete Fördermittelinformationen an, da geeignete finanzielle Mittel häufig nicht zur Verfügung stünden.

Bei der Praxishilfe handle es sich um einen Fachbeitrag zur Neuaufstellung des Regionalplans. Die Bezirksregierung sei im Laufe des Prozesses immer wieder einbezogen worden.

³ Die Folien des Vortrags sind der Niederschrift als Anlage 1 beigelegt und im Ratsinformationssystem eingestellt.

⁴ Die gedruckte Praxishilfe können Sie bei Herrn Joris Allofs, Region Köln/Bonn e.V. bestellen: Allofs@region-koeln-bonn.de

Herr Peschen ergänzt, dass die Darstellung für die Umweltverwaltung sehr wichtig sei, weil zahlreiche Bezüge in die Region vorliegen. In diese Richtungen müsse gedacht werden, da der Schutz von Kaltluftentstehungsgebieten nicht an der Stadtgrenze ende, sondern auch das Umland betreffe. Herr Peschen fügt hinzu, dass das Umweltamt den Deutschen Wetterdienst wieder als Partner gewonnen habe, die neue Klimawandelstudie kostenlos fortzuschreiben.

Ausschussvorsitzender RM Herr Struwe dankt Herrn Allofs für die interessante Präsentation.

Der Ausschuss Umwelt und Grün nimmt die Präsentation und die mündlichen Ausführungen von Herrn Allofs und Herrn Peschen zur Kenntnis.

1 Anfragen gemäß § 4 der Geschäftsordnung sowie deren Beantwortung

1.1 Anfrage der Ratsgruppe BUNT betreffend Gebühren für ordnungswidriges Wegwerfen – plant auch Köln eine Erhöhung? AN/0631/2019

1.1.1 Beantwortung der Anfrage 4203/2019

RM Frau Gerlach bedankt sich für die Beantwortung. Sie habe noch ein paar Kritikpunkte und Nachfragen.

Die Frage nach der Wirtschaftlichkeit solcher Maßnahmen sollte nachvollziehbar sein angesichts anhaltender Beschwerden der Bürgerinnen und Bürger, Köln sei "dreckig". Die Antwort sei meist, dass die Stadt sich mehr Mitarbeitende nicht leisten könne. Sauberkeit und Ordnung, kurzum das, wofür das Ordnungsamt zuständig sei, seien zu teuer.

Zu den städtischen Einnahmen gehörten Steuern, Abgaben und Gebühren, also auch Verwarn- und Bußgelder. Diese Einnahmen flössen in die Finanzierung des kommunalen Haushalts ein. Das Non-Affektationsprinzip sei ihr bekannt, es gehe nicht um eine Gewinnerzielungsabsicht und insoweit sei sie mit der Beantwortung einverstanden. Sie bitte jedoch um eine grobe Übersicht, wie weit eine Kostendeckung der Maßnahme erzielt werde oder ob sie erzielbar sein könne. Das sei der eigentliche Sinn ihrer Anfrage. Um wohlwollende Interpretation ihrer Anfrage bittend präzisiere sie also:

(Bitten werden im Wortlaut und nicht im Konjunktiv protokolliert)

„Bitte teilen Sie den Durchschnittskostenwert einer Stunde einer Kraft beim Ordnungsdienst/-Ordnungsamt im Außeneinsatz mit und wie viele Stunden insgesamt pro Jahr bezahlt werden. Bei dem Außeneinsatz sollte es vor allem um Tätigkeiten gehen, die mit Verwarn- und Bußgeldern zusammen hängen.

Außerdem bitte den Komplettbetrag für Löhne und Gehälter des Ordnungsamts laut Buchhaltung angeben. Dieser dürfte dann auch Verwaltungstätigkeiten, Arbeiten im Hause und Dezernenten umfassen.

Bitte legen Sie die Zahlen von 2018 zugrunde.

Außerdem bitte ich um Mitteilung der Einnahmen aus Verwarn- und Bußgeldern durch die Tätigkeit von Mitarbeitenden des Ordnungsamts im Außeneinsatz in dem Jahr.“

Beigeordneter Herr Dr. Rau sagt eine Weiterleitung der mündlichen Nachfrage mit der Bitte um Beantwortung zu.

**1.2 Anfrage von Ratsfraktion Die Linke
betreffend
Zur Herkunft der Steinkohle im HKW Rostock der RheinEnergie AG
AN/1567/2019**

**1.2.1 Beantwortung der Anfrage
4106/2019**

**1.2.2 Beantwortung der Nachfrage vom 28.11.2019
0092/2020**

Der Ausschuss Umwelt und Grün nimmt die schriftlichen Beantwortungen der Verwaltung zur Kenntnis.

**1.3 Anfrage von Ratsfraktion die Linke
betreffend
Lichtverschmutzung ausgehend von den MMC-studios
AN/1568/2019**

Herr Peschen informiert darüber, dass die Umweltverwaltung mit den Verantwortlichen von MMC gesprochen habe. Von dort wurde versichert, dass in Zukunft auf den Einsatz von Skybeamern verzichtet und es mit den geplanten Produktionen in 2020 keine Diskrepanzen hinsichtlich des Zugvogelschutzes geben werde.

Die Umweltverwaltung habe sowohl aus Sicht des Tier- und Vogelschutzes, als auch als Immissionsschutzbehörde argumentiert und werde, sollten Skybeamer noch mal eingesetzt werden, ordnungsbehördliche Instrumentarien einsetzen. Lichtverschmutzung sei ein wichtiges Thema. Die Beantwortung der einzelnen Fragen werde als Anlage der Niederschrift beigelegt.⁵

Der Ausschuss Umwelt und Grün nimmt die mündlichen Ausführungen von Herrn Peschen zur Kenntnis.

**1.4 Gemeinsame Anfrage von SPD-Fraktion und Fraktion Die Linke
betreffend
Gesundes und klimagerechtes Wohnen in Köln – Wo steht Köln auf dem
Weg zur „Klimawandelgerechten Metropole“?
AN/1161/2019**

**1.4.1 Beantwortung der Anfrage
3520/2019**

SB Herr Becker merkt an, dass noch Fragen offen seien, die man der Verwaltung übermitteln wolle.

Herr Peschen bietet an, dass das Umweltamt mit der Gebäudewirtschaft, dem Stadtplanungs- und Bauaufsichtsamt über Planung und Kontrolle von Begrünung - auch von städtischen Gebäuden - und Photovoltaik-Anlagen sprechen werde. Er bittet, die konkreten Fragen per E-Mail an die Schriftführung weiterzuleiten.⁶

⁵ Die Beantwortung ist der Niederschrift als Anlage 2 beigelegt und im Ratsinformationssystem eingestellt.

⁶ Die Fragen sind der Niederschrift als Anlage 3 beigelegt und im Ratsinformationssystem eingestellt.

2 Anträge gemäß § 3 der Geschäftsordnung

2.1 Gemeinsamer Dringlichkeitsantrag aller Fraktionen und der Ratsgruppe GUT nach § 12 Geschäftsordnung betreffend Vernetzung von Ökosystemen auf Kölner Stadtgebiet AN/1311/2019

SB Herr Dr. Albach regt an, im Beschlusstext die einjährigen Blühstreifen zu streichen, da sie nicht den nachhaltigen Insektenschutz fördern.

Der Ausschussvorsitzende stellt den von SB Herrn Dr. Albach mündlich beantragten geänderten Beschlusstext zur Abstimmung:

geänderter Beschluss:

- 1) Von der Verwaltung ist ein Programm zu entwickeln, mit dem Pächtern von Agrarflächen auf Kölner Stadtgebiet Anreize geboten werden, um Artenschutzmaßnahmen und Strukturelemente in der Agrarlandschaft zu schaffen.
Geförderte Maßnahmen können z.B. sein:
 - a) Anlage von ~~ein- oder~~ mehrjährigen Blühstreifen,
 - b) Anlage von Artenschutzäckern,
 - c) Maßnahmen zum Schutz von bodenbrütenden Feldvögeln (Lerchenfenster, Schutz von Kiebitzgelegen etc.),
 - d) Anlage von Gehölzstreifen (Feldhecken) und Einzelgehölzen,
 - e) Teiche und Tümpel in der Feldflur (Artenschutzmaßnahmen für Amphibien).
 - f) Freiwillige Umstellung auf Bio-Bewirtschaftung während des Umstellungsprozesses.
- 2) Die Verwaltung wird beauftragt, vorhandene Biotope auf Kölner Stadtgebiet durch geeignete Maßnahmen zu vernetzen. Ziel ist die Erhöhung der Biodiversität und eine Verbesserung des Artenschutzes. Dabei soll bei Verpachtung landwirtschaftlicher Flächen geprüft werden:
 - a) Ob die jeweilige Fläche ganz oder teilweise als ökologischer Trittstein geeignet ist, einen funktionalen Kontakt zwischen Biotopen/Lebensräumen zu schaffen, auch wenn dafür die Fläche von der Bewirtschaftung freigestellt werden muss.
 - b) Welche Maßnahmen zum Artenschutz mit in den Pachtvertrag aufgenommen werden können. Die finanziellen Folgen für die Pächter sind durch geeignete Kompensationsmaßnahmen aufzufangen. Dies kann u.a. durch Flächenausgleich an anderer Stelle oder durch Verminderung der Pacht bei Einhaltung der Auflagen, erfolgen.
 - c) Bei der Entwicklung der Biotopvernetzung sind die Belange der Siedlungsentwicklung zu beachten.
- 3) Doppelförderungen durch andere Programme des Bundes, des Landes oder der EU sind zu vermeiden.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

3 Kommunaler Klimaschutz

3.1 Änderungen zum Förderprogramm "Altbausanierung und Energieeffizienz - klimafreundliches Wohnen" 0069/2020

Herr Dr. Rau ergänzt, dass die Verwaltung die Förderfähigkeit des Contractings von Photovoltaik-Anlagen noch prüfen und den Ausschuss darüber informieren werde.

Der Ausschuss Umwelt und Grün nimmt die schriftliche Mitteilung und die mündlichen Ausführungen von Herrn Dr. Rau zur Kenntnis.

4 Allgemeine Beschlussvorlagen

4.1 Allgemeine Beschlussvorlagen (Vorberatung)

4.1.1 Entwicklung des neuen Stadtteils Kreuzfeld hier: Beschluss des Leitbildes Kreuzfeld „Ein gutes Stück Köln“ 3588/2019

RM Herr Brust merkt an, dass die Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen diese Vorlage noch um einen Punkt 4 ergänzen würde, diesen Stadtteil klimaneutral zu bauen. Da man dies noch mit dem Fraktionspartner diskutiere, beantrage er, den Punkt ohne Votum weiterzugeben.

Frau Scholz bestätigt, dass das Thema „Klimaschutz“ und „Umweltgerechtigkeit“ bereits in der Vorlage berücksichtigt worden sei. Die Wettbewerbsauslobung könne dies konkretisieren.

SB Herr Dr. Albach kündigt an, aus formalen Gründen gegen die Verweisung ohne Votum zu stimmen, da er im Rat keine Stimme habe.

Beschluss:

Der Ausschuss Umwelt und Grün verweist die Beschlussvorlage **ohne Votum in den Rat.**

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich zugestimmt gegen die FDP-Fraktion.

4.1.2 Regionalplanüberarbeitung, Modul III– Empfehlungen zur Darstellung neuer Siedlungsbereiche (ASB und GIB) als Optionen zur Weiterentwicklung der wachsenden Stadt 2887/2019

4.1.2.1 Ergänzungsantrag der SPD-Fraktion zur Vorlage 2887/2019, Regionalplanüberarbeitung, Modul III– Empfehlungen zur Darstellung neuer Siedlungsbereiche (ASB und GIB) als Optionen zur Weiterentwicklung der wachsenden Stadt AN/1496/2019

RM Frau Welcker meldet fraktionsinternen Beratungsbedarf an und bittet, die Beschlussvorlage zurückzustellen.

Ausschussvorsitzender Herr Struwe verweist auf eine gemeinsame Sondersitzung der beteiligten Fachausschüsse. Hier müsse noch ein Termin gefunden werden.

SB Herr Becker möchte wissen, weshalb die Verwaltung die 12,6 ha große Waldfläche ASB-9-907-004 in den Regionalplan aufgenommen habe.

SB Herr Dr. Albach verweist auf die Anlage 8, in der die entfallenen Optionsflächen aufgeführt sind und fragt, ob und wenn ja, welche dieser Flächen aufgeforstet werden können.

Frau Scholz erklärt zunächst, dass noch nicht alle Beschlussempfehlungen der Bezirksvertretungen vorliegen und es daher gut sei, wenn sich die Fraktionen auf der Basis der Rückmeldungen aus den Bezirken ein Meinungsbild machen, das in die gemeinsame Sondersitzung der Fachausschüsse einfließen könne. Sie informiert darüber, dass im Februar der Rohentwurf des Regionalplans und am 13.03.2020 der Entwurf im informellen Verfahren vorliegen werde.

Waldflächen könnten nur im besonderen Fall beansprucht werden. Ein ASB beinhalte unterschiedliche Nutzungen. Wenn man im Bauleitplanungsverfahren diese Fläche beanspruche, sei man zu einem entsprechenden Ausgleich verpflichtet. Die Verwaltung habe alle Flächenvorschläge intensiv diskutiert. Zum einen handle es sich um Grünflächen mit landwirtschaftlich guten Böden. Zum anderen gebe es Waldflächen, die eigentlich eine „No go Area“ seien. In diesem besonderen Fall habe man die Fläche bewusst in die Diskussion gebracht.

Alle vorgeschlagenen Flächen werden von der Bezirksregierung im Rahmen der Regionalplanbearbeitung noch mal auf ihre Umweltverträglichkeit (UVP) geprüft.

Die in Anlage 8 aufgeführten Flächen habe man ämterübergreifend in der Abwägung ausgeschlossen. Natürlich könnte eine dieser Flächen für Aufforstungen geeignet sein. Geprüft worden sei jedoch nur, ob die Flächen weiterentwickelt werden können.

Beschluss:

Der Ausschuss Umwelt und Grün **vertagt** die Beschlussvorlage und den Ergänzungsantrag der SPD-Fraktion **in die Gemeinsame Sondersitzung** der beteiligten Ausschüsse.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

4.1.3 Stadtverschönerungsmittel für den Stadtbezirk Lindenthal 2019 4129/2019

Beschluss:

1. Der Finanzausschuss beschließt die Freigabe der Mittel in Höhe von 150.000 EUR für die von der Bezirksvertretung Lindenthal beschlossenen Maßnahmen. Die Maßnahmen sind in der Anlage aufgeführt. Die Aufwendungen stehen im Hpl. 2019, Teilergebnisplan 1301 Öffentliches Grün, Wald- und Forstwirtschaft, Erholungsanlagen, Teilplanzelle 13 Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen zur Verfügung.
2. Der Ausschuss Umwelt und Grün nimmt die Beschlussvorlage zur Kenntnis und bittet die Verwaltung, die Maßnahmen entsprechend der Beschlussfassung durch den Finanzausschuss umzusetzen und den beteiligten Gremien über die Mittelverwendung zu berichten.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

4.1.4 Stadtklima-/Stadtverschönerungsprogramm 2019 im Stadtbezirk Ehrenfeld 4144/2019

Beschluss:

1. Die Bezirksvertretung Ehrenfeld beschließt, einen Teil der vom Rat im Haushaltsplan 2019 bereitgestellten Mittel in Höhe von 150.000 Euro für Maßnahmen zur Stadtverschönerung nach Maßgabe des vom Finanzausschuss am 03.04.2017 beschlossenen Kriterienkatalogs wie folgt zu verwenden:

Maßnahme	Betrag in Euro
2 Lastenräder für Schulen im Stadtbezirk Ehrenfeld zum Transport von Materialien für die Schulgärten	10.000 €
Sitzstangen für Kinder und Jugendliche in Grünanlagen	5.000 €
5 Baumnachpflanzungen	10.000 €
Sanierung Befahrungsschutz Baumscheiben und Bepflanzung Blühstreifen an der Friedhofsmauer Weinsbergstraße	13.700 €
Summe:	38.700 €

Die Aufwendungen stehen im Teilergebnisplan 1301 Öffentliches Grün, Wald- und Forstwirtschaft, Erholungsanlagen, zur Verfügung.

2. Der Finanzausschuss beschließt vorbehaltlich der Zustimmung der Bezirksvertretung Ehrenfeld die Freigabe der restlichen Mittel für das Jahr 2019 in Höhe von 38.700 € für die von der Bezirksvertretung Ehrenfeld beschlossenen Maßnahmen. Die entsprechenden Aufwendungen stehen im Haushaltsplan 2019 im Teilergebnisplan 1301 – Öffentliches Grün, Wald- und Forstwirtschaft, Erholungsanlagen zur Verfügung.
3. Der Ausschuss für Umwelt und Grün nimmt die Beschlussfassung zur Kenntnis und bittet die Verwaltung, die Maßnahmen umzusetzen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

**4.1.5 Fortschreibung des Landschaftsplans Köln (12. Änderung)
Überarbeitung der allgemeinen textlichen Festsetzungen für Schutzgebiete
hier: Beschluss über Bedenken und Anregungen sowie Satzungsbeschluss
2414/2019**

Beschluss:

Der Ausschuss Umwelt und Grün **verweist die Beschlussvorlage in die nachfolgenden Gremien und bittet anschließend um Wiedervorlage.**

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

**4.1.6 Rondorf Nord-West, Entflechtungsstraße
Variantenentscheidung
4122/2019**

**4.1.6.1 Dringlichkeitsantrag zum Verfahren Rondorf Nord-West, Entflechtungsstraße
AN/0144/2020**

SB Herr Dr. Albach möchte wissen, was detailliert in der Umweltbewertung eine Rolle gespielt habe und ob es hauptsächlich um den längeren Weg ging, der einen höheren Benzinverbrauch nach sich ziehe.

Beigeordneter Herr Dr. Rau erklärt, dass eine Vertreterin/ ein Vertreter der zuständigen Verwaltung nicht anwesend sei und sagt eine Weiterleitung der Frage mit der Bitte um schriftliche Stellungnahme zu.

RM Frau Welcker begründet den Dringlichkeitsantrag. Dieser sei auch als Änderungsantrag in der Sitzung des Verkehrsausschusses am 21.02.2020 gestellt und zusammen mit der Beschlussvorlage der Verwaltung vertagt worden.

Es gehe jedoch darum, vor dem endgültigen Beschluss zunächst eine Bürgerinformation durchzuführen und dann die dort erzielten Ergebnisse den politischen Gremien vorzustellen. Da jetzt sowohl die Beschlussvorlage der Verwaltung, als auch der Änderungsantrag vertagt worden seien, käme man in der nächsten Sitzung des Verkehrsausschusses zu keinem Ergebnis, wenn nicht jetzt im Ausschuss Umwelt und Grün der Dringlichkeitsantrag beschlossen werde. Sie bitte daher, dem Dringlichkeitsantrag zuzustimmen.

Nach kurzer Diskussion im Ausschuss über das weitere Verfahren verständigt man sich darauf, die Beschlussvorlage der Verwaltung zu vertagen und dem eigenständigen Dringlichkeitsantrag zuzustimmen.

Der Ausschussvorsitzende stellt beides zur Abstimmung:

Beschluss:

Der Ausschuss Umwelt und Grün **vertagt die Vorlage in die nächste Sitzung mit der Maßgabe, dass eine Bürgerinformation durchgeführt wird.**

Im Rahmen des laufenden Verfahrens zur Entflechtungsstraße Rondorf (inkl. des geplanten Neubaugebietes Rondorf Nord-West) wird die Verwaltung beauftragt:

1. Vor einer finalen Entscheidung im Rat ist unter Einbeziehung des Vorhabenträgers eine Bürgerinformationsveranstaltung durchzuführen.
2. Zum nächsten Verkehrsausschuss stellt die Verwaltung die Verfahrensschritte zur Erlangung des Baurechts für die Vorzugsvariante vor und legt einen entsprechenden Zeitmaßnahmenplan vor.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt

4.2 Allgemeine Beschlussvorlagen (Entscheidung)

**4.2.1 Stadtgrün naturnah
Grüne Infrastruktur
3657/2019**

SB Herr Becker schlägt namens der SPD-Fraktion vor, der Beschlussvorlage zuzustimmen und die Verwaltung aufzufordern, die Änderungsvorschläge, die aus den Bezirken gekommen sind, zu prüfen und in der nächsten Sitzung zur Relevanz Stellung zu nehmen. So werde das Verfahren nicht aufgehoben.

RM Herr Brust bittet, die Vorlage noch einmal zurückzustellen, da die Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen Beratungsbedarf habe und evtl. einen Änderungsantrag stellen wolle.

Herr Kaune bestätigt auf Nachfrage des Ausschussvorsitzenden, dass die Verwaltung weiter an der Umsetzung des Verfahrens arbeite und bis zur nächsten Sitzung zu den Beratungsergebnissen der zwei Bezirksvertretungen Stellung nehmen werde.

Beschluss:

Der Ausschuss Umwelt und Grün **stellt die Beschlussvorlage zurück in seine nächste Sitzung.**

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

**4.2.2 Konzept "Essbare Stadt"
3117/2019**

SB Herr Becker schlägt vor, über die Beschlussvorlage jetzt zu beschließen, um den Prozess weiter zu treiben und die Verwaltung aufzufordern, zur nächsten Sitzung die Empfehlungen der Bezirksvertretungen zu bewerten. Er äußert auch noch mal die Bitte, die umfangreiche Tabelle (Anlage 1) kürzer und in einem Handlungskonzept oder Eckpunktepapier übersichtlicher zu gestalten und mit den Mitgliedern des Ernährungsrates und Agora Köln abzustimmen.

RM Herr Brust verweist auf die verschiedenen Änderungsvorschläge aus den Bezirken und erklärt, dass der Ausschuss am 10.10.2019 beschlossen habe, den Maßnahmenkatalog mit den Stellungnahmen aus den Bezirken zu überarbeiten, erneut mit dem Ernährungsrat abzustimmen und schließlich dem Ausschuss zur Beschlussfassung vorzulegen. Da dieser Auftrag jetzt nicht erfüllt sei, sollte abgewartet werden, bis die Verwaltung diesen Teil des Beschlusses erfüllt habe und dann könne über die Vorlage abgestimmt werden. Es mache keinen Sinn, jetzt über die Vorlage und in einer nächsten Sitzung über die geänderte Fassung abzustimmen.

RM Frau Akbayir stimmt dem Verfahren zu, die Beschlüsse der Bezirksvertretungen einzubeziehen und würde es begrüßen, die Beschlussempfehlungen aus der Bezirksvertretung Kalk im letztendlichen Beschluss des Ausschusses Umwelt und Grün wiederzufinden.

SB Herr Dr. Albach meldet Beratungsbedarf mit den Bezirksvertretungen an.

RM Frau Welcker bekräftigt die Aussage von Herrn Brust, dass die Verwaltung zunächst mit dem Ernährungsrat die Umsetzung der Beschlussempfehlung aus den Bezirken bespricht. Hier sei auch auf etwaige Widersprüche zu früheren Beschlüssen zu achten. Wenn dann die Stellungnahme der Verwaltung vorliege, könne der Ausschuss sehr gut über das Konzept abschließend beraten und beschließen.

Herr Kaune räumt ein, dass die Verwaltung den Beschluss vom 10.10.2019 noch nicht umgesetzt habe, verweist aber auch auf das überwiegend positive Echo der Bezirksvertretungen, die ohne jede Einschränkung dem Vorschlag der Verwaltung gefolgt seien. Daher habe man die Vorlage zur heutigen Sitzung auf die Tagesordnung genommen, hätte einen Beschluss des Ausschusses zum Gesamtkonzept begrüßt sowie zu den beiden Beschlussempfehlungen der Bezirksvertretungen Ehrenfeld und Kalk im Ausschuss und den beiden BVen Stellung genommen. Selbstverständlich werde man dem heutigen Beschluss folgen.

Der Ausschussvorsitzende stellt die Zurückstellung der Vorlage zur Abstimmung:

Beschluss:

Der Ausschuss Umwelt und Grün **stellt die Beschlussvorlage zurück in seine nächste Sitzung.**

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

4.2.3 Pflege- und Entwicklungsplan Naturschutzgebiet "Langeler Auwald, rrh." und angrenzende Flächen 0591/2016

RM Herr Götz spricht sich namens der CDU-Fraktion dafür aus, wie die BV Porz zu beschließen, allerdings ohne die Abbildung 3 auf Seite 9, die eine potentielle Erweiterung des NSG vorsehe. Auch sei eine mögliche ÖPNV-Anbindung als neue Rheinbrücke genau an dieser Stelle im Gespräch. Dies wolle man nicht vorzeitig erschweren. Er gehe davon aus, dass in diesem Jahr die Trassenfindung abgeschlossen sei.

RM Herr Struwe spricht ebenfalls das Thema der Verkehrsführung an und fragt, ob man nur die Pflegemaßnahmen, die nicht in einem Konflikt stehen, umsetzen könne. Gleichzeitig beantragt er namens der SPD-Fraktion, die Vorlage zu vertagen

Herr Kaune bestätigt, dass die Bitte von Herrn Götz, den Beschluss der BV Porz ohne die Abbildung 3 auf Seite 9 zu beschließen, das bestätige, was Bestandteil der Vorlage sei. Die Beschlussvorlage der Verwaltung umfasse nur den Pflege- und Entwicklungsplan und keine Ausweitung des Naturschutzgebietes. Da der Pflege- und Entwicklungsplan somit keine allgemein verbindlichen Rechtswirkungen entfalte, könne davon ausgegangen werden, dass die Umsetzung dieser Maßnahme zu keinen Konflikten mit den großen Vorhaben führe.

SB Herr Dr. Albach wendet ein, dass es sich um eine zu frühe Beschlusslage handle und abgewartet werden müsse, wie sich die Verkehrsinfrastruktur dort entwickle. Daher erachte er es für notwendig, den Beschluss zu verschieben, bis das Verfahren auf regionaler Ebene klarer sei. Er schließe sich daher dem Vertagungsantrag an.

Nach intensiver Diskussion über das weitere Verfahren verständigt man sich darauf, die Beschlussvorlage der Verwaltung wegen Beratungsbedarf in die nächste Sitzung zu vertagen.

Beschluss:

Der Ausschuss Umwelt und Grün **stellt die Beschlussvorlage zurück in seine nächste Sitzung.**

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

**4.2.4 Kleingartenwettbewerb "Bunte Gartenvielfalt"
4145/2019**

Die Sprecher/innen der Fraktionen schlagen ihre jeweiligen Sachpreisrichter/innen und ggfls. Stellvertreter/innen für das Preisgericht vor.

SB Herr Schallehn signalisiert grundsätzlich Zustimmung und befürwortet für die Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen einen Vertreter aus den Naturschutzverbänden.

Der Vorschlag stößt im Ausschuss auf Ablehnung.

Nach weiterer Diskussion über die Auswahl der Sachpreisrichter schlägt Herr Kaune vor, den Vorsitzenden des Beirates bei der Unteren Naturschutzbehörde als weiteren Sachpreisrichter anzusprechen.

Nachdem im Ausschuss Zustimmung signalisiert wurde, lässt der Ausschussvorsitzende über den so geänderten Beschlusstext abstimmen.

geänderter Beschluss:

Der Ausschuss Umwelt und Grün

1. begrüßt die Durchführung des Kleingartenwettbewerbs „Bunte Gartenvielfalt“ und nimmt den Auslobungstext gemäß Anlage zu Kenntnis;
2. benennt fünf Sachpreisrichter/innen und fünf Stellvertreter/innen für das Preisgericht

Für die SPD-Fraktion

Herrn Rafael Struwe
als ordentliches Mitglied

Herrn Wilfried Becker
als Vertreter

Für die CDU-Fraktion

Frau Katharina Welcker
als ordentliches Mitglied

Herrn Dr. Walter Gutzeit
als Vertreter

Für die Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen

Herrn Robert Schallehn
als ordentliches Mitglied

NN
als Vertreter/in

Für die Fraktion Die Linke

Herrn Heinz-Peter Fischer
als ordentliches Mitglied

NN
als Vertreter/in

Für die FDP-Fraktion

Herrn Stephan Wieneritsch
als ordentliches Mitglied

Herr Dr. Rolf Albach
als Vertreter

3. bittet die Verwaltung, den Vorsitzenden des Naturschutzbeirats anzusprechen, an dem Preisgericht teilzunehmen.

Es wird keine Öffentlichkeitsbeteiligung durchgeführt.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

**4.2.5 Beschaffung von 4 Geräteträgern und 3 Frontsichelmulchern für den Bereich der Allgemeinen Grünunterhaltung
2351/2019**

Beschluss:

1. Der Ausschuss für Umwelt und Grün stellt den Bedarf für die geplante Beschaffungsmaßnahme fest und stimmt der Einleitung des Vergabeverfahrens zu.

Der Ausschuss Umwelt und Grün empfiehlt dem Finanzausschuss, wie folgt zu beschließen:

2. Der Finanzausschuss beschließt die Freigabe einer Auszahlungsermächtigung 2020 in Höhe von 699.720,- € im Teilfinanzplan 1301 / Öffentliches Grün, Wald- und Forstwirtschaft, Erholungsanlagen, Zeile 9 Auszahlungen für den Erwerb von beweglichem Anlagevermögen bei der Finanzstelle 6700-1301-0-0100 / Beschaffungen KFZ, Hpl. 2020/2021.

Es wird keine Öffentlichkeitsbeteiligung durchgeführt.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt

**4.2.6 Stadtklima-/Stadtverschönerungsprogramm 2019 im Stadtbezirk Nippes
- Bäume, Brunnen, Blumen und Gewässer
4388/2019**

Beschluss:

1. Der Ausschuss für Umwelt und Grün nimmt die Beschlussfassungen der Bezirksvertretung Nippes zur Kenntnis und bittet die Verwaltung, die Maßnahmen vorbehaltlich der Mittelfreigabe durch den Finanzausschuss umzusetzen.

Der Ausschuss Umwelt und Grün empfiehlt dem Finanzausschuss, wie folgt zu beschließen:

2. Der Finanzausschuss beschließt die Freigabe der Mittel in Höhe von 102.200,-- EUR für die von der Bezirksvertretung Nippes am 14.11. und 05.12.2019 beschlossenen Maßnahmen. Die entsprechenden Aufwendungen stehen im Haushaltsplan 2019 im Teilergebnisplan 1301 – Öffentliches Grün, Wald- und Forstwirtschaft, Erholungsanlagen, in Teilplanzeile 13 – Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen zur Verfügung. Die Bereitstellung der Mittel ist im Zuge der Ermächtigungsübertragung beabsichtigt.

Es wird keine Öffentlichkeitsbeteiligung durchgeführt.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt

5 Mitberatung von Planungsvorlagen

Hierzu liegt nichts vor.

6 Umweltprüfungen und UVP-relevante Planungen und Projekte

Hierzu liegt nichts vor.

7 Mitteilungen

**7.1 Bevölkerungsprognose für Köln 2018 bis 2040 – welche Konsequenzen folgen daraus?
3805/2019**

Der Ausschuss Umwelt und Grün nimmt die schriftliche Mitteilung der Verwaltung zur Kenntnis

**7.2 Beantwortung einer Anfrage gem. § 4 der Geschäftsordnung des Rates
Anfrage der SPD:
Städtebauinvestitionsprogramm 2020 – keine Förderung von „Starke
Veedel – starkes Köln“ (AN/1577/2019)
4206/2019**

Der Ausschuss Umwelt und Grün nimmt die schriftliche Mitteilung der Verwaltung zur Kenntnis

7.3 Umsetzung des Integrierten Stadtentwicklungskonzeptes (ISEK) Porz Mitte hier: Mitteilung zum aktuellen Sachstand zur Projektumsetzung 3907/2019

Der Ausschuss Umwelt und Grün nimmt die schriftliche Mitteilung der Verwaltung zur Kenntnis

7.4 Umsetzungsstand des Projektes Optimierung der städtischen Fördermittelvergabe 4200/2019

Der Ausschuss Umwelt und Grün nimmt die schriftliche Mitteilung der Verwaltung zur Kenntnis

**7.5 Glyphosat im Grundwasser im Stadtgebiet und im Regierungsbezirk Köln
A: Mitteilung der Verwaltung: Überprüfung des Grundwassers in den Stadtteilen Weidenpesch und Porz auf den Pflanzenschutzmittelwirkstoff Glyphosat und dessen Abbauprodukt AMPA
B: Beantwortung der Anfrage von Herrn Dr. Rolf Albach aus der Sitzung des Ausschusses Umwelt und Grün vom 10.10.2019, wie sich die Glyphosatwerte der Stadt Köln im Vergleich zu anderen Städten im Regierungsbezirk positionieren.
4272/2019**

Der Ausschuss Umwelt und Grün nimmt die schriftliche Mitteilung der Verwaltung zur Kenntnis

7.6 Zwischenbericht Monitoring StadtNaturParke 2019 4410/2019

Der Ausschuss Umwelt und Grün nimmt die schriftliche Mitteilung der Verwaltung zur Kenntnis

7.7 Sachstand Parkstadt Süd- Teilbereich Eifelwall 4204/2019

Der Ausschuss Umwelt und Grün nimmt die schriftliche Mitteilung der Verwaltung zur Kenntnis

7.8 Beantwortung einer mündlichen Nachfrage aus der 40. Sitzung des Hauptausschusses zu TOP 3.4, „Planungssicherheit für die Sportvereine - Sicherung des Kunstrasenprogramms!“ 3147/2019

Der Ausschuss Umwelt und Grün nimmt die schriftliche Mitteilung der Verwaltung zur Kenntnis

8 Beantwortung von mündlichen Anfragen aus früheren Sitzungen

8.1 Mündliche Anfrage von RM Herrn Brust in der Sitzung des Ausschusses Umwelt und Grün am 12.09.2019 - TOP 9.1 hier: Japanischer Staudenknöterich in der Raderberger Brache 4097/2019

SE Frau Dr. von Mikecz bedankt sich für die Beantwortung. Darin sei eine interessante Strategie der intensiven Ziegen- und Schafbeweidung als theoretisch denkbar bezeichnet worden, die laut Verwaltung jedoch recht aufwändig sei und eine Feststellung der aktuellen Naturschutzwürdig- und Schutzbedürftigkeit voraussetze.

Frau Dr. von Mikecz betont, dass die Raderberger Brache Bestandteil des Biotopverbunds NRW (VB-K-5007-005) und vom LANUV bereits als schützenswertes Biotop BK-5007-013 kartiert sei.

Zudem handle es sich um einen grünen Korridor im Kölner Grünsystem und nach dem Fachbeitrag Klima (LANUV) um eine Grünfläche mit höchster thermischer Ausgleichsfunktion.

Die Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen befürworte daher ausdrücklich die Pflegemaßnahme der intensiven Beweidung durch Ziegen und/oder Schafe und bitte um ernsthafte Prüfung.

Herr Dr. Bauer informiert darüber, dass der Verwaltung die Bedeutung der Fläche bekannt sei. Sie sei als geschützter Landschaftsbestandteil festgesetzt worden.

An einigen Flächen, z. B. im Bürgerpark Nord, führe die Stadt eine Ziegen- und Schafbeweidung durch. Es sei jedoch eine intensive Ziegen- und Schafbeweidung mit Pferch erforderlich, um positive Ergebnisse zu erzielen. Dies sei an der Raderberger Brache etwas schwierig, da dort waldartiger Bestand vorherrsche.

Frau Dr. von Mikecz unterstreicht, dass eine Ziegen- und Schafbeweidung in der Antwort der Verwaltung vorgeschlagen worden sei. Daher würde man es begrüßen, wenn diese Lösung ernsthaft in Erwägung gezogen und geprüft werde.

Der Ausschuss Umwelt und Grün nimmt die umgedruckte Beantwortung zur Kenntnis.

9 Mündliche Anfragen

9.1 Mündliche Anfrage von SE Frau Lange Treibhausgasausstoß Flughafen Köln/Bonn

SE Frau Lange fragt nach dem Stand der Bearbeitung zur Beantwortung ihrer mündlichen Anfrage vom 27.06.2019, in der es um die Entwicklung von CO₂- bzw. Treibhausgasemissionen am Flughafen Köln/Bonn ging.

Herr Peschen sagt zu, an die Beantwortung zu erinnern.

9.2 Mündliche Anfrage von SE Frau Lange Auflagen im Schenkungsvertrag (Flächen der Wahner Heide an die Deutsche Bundesstiftung Umwelt)

SE Frau Lange bemerkt, dass der Bund Flächen der Wahner Heide etwa 2013 / 2014 in eine Stiftung überführt bzw. diese Flächen der Deutschen Bundesstiftung Umwelt per Vertrag geschenkt habe. In dem Vertrag stehe, dass dann, wenn der Flughafen Köln/Bonn erweitert werden solle, ihm diese Flächen zur Verfügung gestellt werden müssen.

Frau Lange fragt, ob dies zutrefte und ob man den Schenkungs- oder Stiftungsvertrag einsehen könne.

Herr Peschen sagt eine Weiterleitung der Frage an die Beteiligungsverwaltung der Kämmerei zu.

9.3 Mündliche Anfrage von SE Herrn Donath Umwelt- und Klimaschutzaktivitäten des Bundesverwaltungsamtes

SE Herr Donath informiert über einen Bericht in der Kölner Presse am 21.01.2020 über „60 Jahre Bundesverwaltungsamt (BVA)“, das seinen Sitz in einem Bürohochhaus an der Amsterdamer Str. in Köln-Riehl habe.

Für den mächtigen Bürokomplex sei 1983 eine schöne Schrebergartenkolonie verschwunden. Zusätzlich sei ein imposanter Vorplatz und großzügig bemessene Parkplätze versiegelt worden.

Herr Donath zeigt sich erstaunt, dass der Bericht nicht ein Wort zu „Klima“ oder „Umwelt“ enthalte. Er fragt, ob die Verwaltung in Erfahrung bringen könne, inwieweit das BVA Umwelt- und Klimaaspekte im Blick habe. Die Klimafolgen der Beseitigung der Schrebergärten könnten nicht wirklich kompensiert aber doch zumindest gemildert werden.

Herr Donath stellt in diesem Zusammenhang Fragen und bittet die Verwaltung um Beantwortung: *(Fragen werden im Wortlaut und nicht im Konjunktiv protokolliert)*

1. Ist an eine Umstellung des Gaskessels auf Fernwärme gedacht worden?
Seit Jahren liegt Fernwärme in der Nähe (GAG-Naumann-Siedlung Luftlinie ca. 400 m).
2. Wie viel Gas wird derzeit verbraucht?
3. Wie hoch wäre die CO₂-Einsparung durch diese Umstellung?
4. Wie viel Strom wird verbraucht?
5. Wie viel Ökostrom könnten PV-Module auf den Flachdächern, an den Fassaden und evtl. Aufständern über den Parkflächen erzeugen?
6. Hat das BVA schon daran gedacht?
7. Können Dächer/Fassaden/Parkflächen begrünt werden?
8. Kann Regenwasser der versiegelten Flächen gesammelt und /oder versickert werden?
9. Ist an E-Ladepunkte gedacht?
10. Wie viele Mitarbeiter nutzen Jobtickets?

Beigeordneter Herr Dr. Rau sagt eine Beantwortung dieser wichtigen Fragen zu.

9.4 Mündliche Anfrage von RM Herrn Struwe Vergleich mit der Deutschen Umwelthilfe

RM Herr Struwe berichtet von einer Information im Juris-Newsletter, dass die Stadt Dortmund und die Deutsche Umwelthilfe (DUH) sich vor dem Oberverwaltungsgericht Münster auf einen Vergleich zur Luftreinhalteplanung geeinigt haben, ohne dass es zu Fahrverboten komme.⁷ Er bewerte dies positiv und möchte wissen, ob dies nicht auch für die Stadt Köln möglich sei.

Herr Dr. Rau antwortet, dass die Bezirksregierungen primär in der Luftreinhalteplanung agierten. Inzwischen habe auch die Stadt Bonn sich mit der DUH auf einen Vergleich geeinigt.⁸ Die DUH wünsche, dass auch die Stadt Köln mit ihr einen Vergleich schließe. Er kenne hierzu jedoch nicht den aktuellen Bereitschaftsstand der Bezirksregierung Köln.

9.5 Mündliche Anfrage von RM Herrn Brust Petrolkoksverbrennung in Köln Niehl

RM Herr Brust merkt an, eine Anfrage im Landtag NRW bezüglich Petrolkoksverbrennung sei dahingehend beantwortet worden, dass auch in Köln-Niehl Petrolkoks verbrannt worden sei.

Die Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen habe recherchiert, dass sowohl bei der Rhein-Energie als auch in der Müllverbrennungsanlage kein Petrolkoks verbrannt worden sei, so dass er von einer Fehlmeldung ausgehe. Er fragt, ob die Verwaltung andere Informationen habe.

Herr Peschen antwortet, lt. Recherchen des Umweltamtes habe ein Kölner Logistikunternehmen diese Stoffe in Köln-Niehl gelagert und dann weitertransportiert. Verbrannt worden sei nach Kenntnis des Umweltamtes in Köln aber kein Petrolkoks.

Herr Peschen bietet an, eine aktuelle Seite von Umwelt NRW mit Fragen und Antworten zum Thema zusammen mit der Niederschrift zur Verfügung zu stellen.⁹

9.6 Mündliche Anfrage von SB Herrn Schallehn Fällung von alten Bäumen in Kleingärten

SB Herr Schallehn drückt sein Unverständnis darüber aus, dass große und alte Bäume, z. B. Kirschbäume, in Kleingärten bei einem Pächterwechsel gefällt werden müssen. Da demnächst eine Überarbeitung der Kölner Gartenordnung¹⁰ notwendig sei, könne man, das Einverständnis aller Beteiligten über den Erhalt des Baumes vorausgesetzt, jetzt schon eine Ausnahmegenehmigung erteilen und auf eine Fällung verzichten.

Herr Dr. Bauer verweist auf das Bundeskleingartengesetz¹¹, das für Pachtgärten gelte. Er betont, dass die Gärten einer gewissen „Hausordnung“, der Kölner Gartenordnung,

⁷ <https://www.land.nrw.de/pressemitteilung/land-stadt-dortmund-und-duh-einigen-sich-auf-vergleich-zur-luftreinhalteplanung>

⁸ https://www.bezreg-koeln.nrw.de/brk_internet/presse/2020/001/index.html

⁹ <https://www.umwelt.nrw.de/umwelt/umwelt-und-ressourcenschutz/abfall-und-kreislaufwirtschaft/abfaelle-als-rohstoffe-und-energetraeger/fragen-und-antworten>

¹⁰ <https://www.kgv-koeln.de/wp-content/uploads/2019/12/Gartenordnung-2013.pdf>

¹¹ <https://www.gesetze-im-internet.de/bkleingg/BJNR002100983.html>

unterliegen, an die man sich halten müsse. Ende 2021 laufe der Generalpachtvertrag aus und damit ende auch die Kölner Gartenordnung, die dann vom Rat neu beschlossen werden müsse. Zu diesem Zeitpunkt müsse das weitere Umgehen mit dieser Frage geklärt werden und die Verwaltung auf die Politik zugehen.

Nach einer weiteren Diskussion über die Möglichkeit der Verwaltung, ihr Ermessen dahingehend auszuüben, keine weiteren Bäume zu fällen, bis die Kölner Gartenordnung entsprechend geändert wird und auch alle Beteiligten damit einverstanden sind, erläutert Herr Dr. Bauer eingehend das Verfahren bei Pächterwechsel.

Ein Gutachter bewerte nach bestimmten vorgegebenen Bewertungsregeln vor Ort, ob die kleingärtnerische Nutzung gegeben sei oder ob Beeinträchtigungen vorliegen, die zu einem finanziellen Nachteil des Nachfolgers führen könnten. Die einzige Fällausnahme betreffe ein paar Baumarten, die dem Status eines Naturdenkmales gleichen und besonders städtebaulich prägend seien. In diesen Fällen übernehme das Grünflächenamt die Verkehrssicherung für die Bäume. Alte Kirschbäume fielen nicht unter die Ausnahme.

9.7 Mündliche Anfrage von SB Herrn Becker Bezuschussung der Lastenräder

SB Herr Becker fragt, nach welchen Kriterien die Bezuschussung der Lastenräder erfolge, wieviel Lastenräder bis jetzt bezuschusst worden seien und wer die Begünstigten seien. Hier müssten keine Namen genannt werden, sondern eher, ob es sich um eine Firma handle und auf welche Stadtteile sich die Lastenräder verteilen.

Herr Dr. Rau sagt zu, die Fragen an das zuständige Dezernat für Mobilität weiterzuleiten.

gez. Rafael Christof Struwe
(Ausschussvorsitzender)

gez. Barbara Bültge-Oswald
(Schriftführerin)